



Geschäftsbericht 2011

Jahresabschluss und Lagebericht

Inhalt

1	Lagebericht	5
1.1	Allgemeines	5
1.2	Geschäftsverlauf	6
1.2.1	Bestandsentwicklung	6
1.2.2	Kapitalanlagen	7
1.2.3	Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	8
1.2.4	Überschuss	8
1.2.5	Solvabilität	8
1.3	Überschussverwendung	9
1.4	Geschäftsorganisation und Risikomanagement	9
1.5	Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung	10
1.6	Ausblick	11
2	Jahresabschluss	14
2.1	Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011	14
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	16
3	Anhang	17
3.1	Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2011	18
3.2	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	27
3.3	Weitere Angaben	30
4	Anlage zum Lagebericht	32
5	Anlage zum Anhang	35
6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	38
7	Bericht des Aufsichtsrates	39
8	Organe, Treuhänder und Verantwortlicher Aktuar	41
9	Beirat	42

1 LAGEBERICHT

1.1 Allgemeines

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist die Pensionskasse des steuerberatenden Berufs. Als ordentliche Mitglieder können nach unserer Satzung aufgenommen werden:

- Angehörige der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (Berufsangehörige), die für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Personen, Vereinigungen und Gesellschaften nach § 3 Nr. 1 bis 3 und § 58 des Steuerberatungsgesetzes sowie sonstige berufsständische Organisationen von Angehörigen der steuerberatenden Berufe im Sinne des § 3 Nr. 1 des Steuerberatungsgesetzes (berufsständische Arbeitgeber), wenn sie als Arbeitgeber Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Personen abschließen.

Als außerordentliche Mitglieder können nach § 2 Absatz 3 der Satzung aufgenommen werden:

- Personen, die nicht zum Kreis der Berufsangehörigen gehören, wenn sie bei einem berufsständischen Arbeitgeber in dem obigen Sinne beschäftigt sind und für sich selbst ein Versicherungsverhältnis begründen,
- Arbeitgeber, die nicht zum Kreis der berufsständischen Arbeitgeber gehören,
 - wenn sie Versicherungen für bei ihnen beschäftigte Berufsangehörige abschließen oder
 - wenn sie eine bestehende Versicherung fortsetzen.

Unsere Versorgungseinrichtung konzentriert sich auf die Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung in Form von Renten- und Kapitalleistungen. Die aktuellen Rententariife bieten eine Altersversorgung, wahlweise mit oder ohne Hinterbliebenenrenten. Zusätzlich kann eine Berufsunfähigkeitsversorgung eingeschlossen werden.

Die Versicherungen können zur privaten Vorsorge, deren Zweck die Absicherung wegfallenden Erwerbseinkommens ist, oder zur betrieblichen Altersversorgung abgeschlossen werden. In der privaten Vorsorge bieten wir insbesondere die steuerlich geförderte „Basisrente“ an („Rürup-Rente“). Dabei kann eine flexible Beitragszahlung vereinbart werden. Die Vertragsbedingungen unserer „Basisrente“ haben die nach § 10 Abs. 2 EStG erforderliche Zertifizierung erhalten.

Zur privaten Risikovorsorge bieten wir eine eigenständige Berufsunfähigkeits-Versicherung und eine Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung an.

In der betrieblichen Altersversorgung stellen wir als Pensionskasse einen attraktiven Durchführungsweg zur Verfügung.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung ist eine Pensionskasse im Sinne der §§ 118a und 118b Abs. 1, 2 und 6 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG). Als Pensionskasse von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung im Sinne des § 156a Abs. 3 VAG a. F. ist sie seit dem Jahr 1998 eine deregulierte Pensionskasse (§ 118b Abs. 6 VAG). Ihre Rechtsform ist der Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG) gemäß § 15 VAG. Aufgrund der satzungsmäßigen Begrenzung des versicherbaren Personenkreises können wir die besonderen Bestimmungen des § 53 VAG nutzen. Der Sitz der Pensionskasse ist Bonn.

Für das Neugeschäft galten im Jahr 2011 Tarife mit einem Rechnungszins von 2,25 %. Damit beachteten wir den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszins. Unsere aktuellen Rententariife sind mit den Sterbetafeln DAV 2004 R kalkuliert.

Zur Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand hatte die Vertreterversammlung am 19. Juni 2010 beschlossen, einen Beirat einzurichten. Der Beirat wird gebildet aus Personen, die von der Bundessteuerberaterkammer, dem Deutschen Steuerberaterverband und unserer Mitgliedervertretung entsandt werden.

Wir sind Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., im Verein Versicherungsombudsmann e.V., in der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit e.V. und in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.

Versicherungsfremde Geschäfte haben wir nicht getätigt.

1.2 Geschäftsverlauf

1.2.1 Bestandsentwicklung

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich im Jahr 2011 trotz eines krisenhaften Umfeldes in einer robusten Verfassung gezeigt. In der Lebensversicherungsbranche verminderten sich die gesamten Beitragseinnahmen in Folge eines gesunkenen Einmalbeitragsgeschäfts, während die laufenden Beiträge anstiegen.

In diesem Geschäftsumfeld konnte die Deutsche Steuerberater-Versicherung den Neuzugang steigern und damit eine weitgehend stabile Bestandsentwicklung erzielen.

Im Geschäftsjahr 2011 beruhte der Neuzugang an Versicherungen wiederum überwiegend auf der betrieblichen Altersversorgung und auf der steuerlich geförderten „Basisrente“.

Der Neuzugang wirkte sich auf den Versicherungsbestand aus. Zum 31. Dezember 2011 belief sich die gesamte Versicherungssumme auf 903.515.694,56 €. Das bedeutete eine Steigerung um 0,4 % (im Vorjahr 0,4 %).

Die gebuchten Bruttobeiträge verminderten sich auf 33.080.794,49 €, d.h. um 0,6 % (nach einem Anstieg im Vorjahr um 0,1 %).

Die Zahlungen für Versicherungsleistungen haben 30.809.309,32 € betragen (im Vorjahr 29.993.627,98 €). Die Veränderung beruhte vor allem auf dem weiteren Zugang an Altersrenten, während die Kapitalabfindungen etwas zurückgingen.

Die erforderliche Liquidität für die Leistungszahlungen war jederzeit gegeben.

Für die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen bilden wir versicherungstechnische Rückstellungen. Dabei werden die vertraglich vereinbarten Leistungen – einschließlich der zur Leistungserhöhung bereits verwendeten Überschussanteile – durch die Deckungsrückstellung erfasst. Die Deckungsrückstellung ist in Höhe ihres versicherungsmathematisch errechneten Wertes nach der prospektiven Methode bestimmt. Die Versicherungsleistungen werden damit nach dem Anwartschaftsdeckungsverfahren kapitalgedeckt finanziert.

Der Bruttobetrag der Deckungsrückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr um 33.153.219,00 € (im Vorjahr 33.368.327,00 €). Aufgrund der steigenden Lebenserwartung besteht die Notwendigkeit, die Deckungsrückstellung zu verstärken. Von der Zuführung zur Deckungsrückstellung entfallen 8.141.423,00 € auf die Verstärkung zum Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen (im Vorjahr 10.030.308,00 €). Die Deckungsrückstellung beträgt brutto insgesamt 823.615.066,00 €.

Die Bewegung des Bestandes an Versicherungen ist aus der Anlage zum Lagebericht ersichtlich.

1.2.2 Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr um 32.332.129,65 € oder 4,0 % auf 840.067.111,94 € gestiegen. Ihre Zusammensetzung und Entwicklung ist im Anhang dargestellt.

Aus den Kapitalanlagen ergaben sich im Geschäftsjahr Erträge von 42.006.190,38 € gegenüber 38.214.000,80 € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 7.890.273,24 € (im Vorjahr 2.261.102,80 €).

Die Nettoverzinsung verminderte sich auf 4,14 % (im Vorjahr 4,54 %).

Zu der Nettoverzinsung haben Abgangsgewinne von 5.211.490,12 € beigetragen, die wir überwiegend durch Verkäufe von festverzinslichen Wertpapieren realisieren konnten. Aufgrund der Entwicklung bei den Staatsanleihen waren außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 6.284.550,00 € erforderlich, die in den Aufwendungen für Kapitalanlagen enthalten sind. Die Abschreibungen betreffen Staatsanleihen von Griechenland, die in der Bilanz zum 31. Dezember 2011 mit dem Kurswert angesetzt worden sind. Durch die Abgangsgewinne konnte im Ergebnis ein erheblicher Teil der Abschreibungen ausgeglichen werden.

Der Zeitwert der Kapitalanlagen beträgt insgesamt 852.985.213,80 €. Die Zusammensetzung ist im Anhang angegeben.

Für die gesamten Kapitalanlagen, einschließlich der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen, ergibt sich ein Saldo von 12.918.101,86 € an stillen Reserven nach Saldierung mit den stillen Lasten (im Vorjahr 837.206,60 €); dies entspricht 1,54 % des Bilanzwertes der Kapitalanlagen (im Vorjahr 0,1 %). Die stillen Reserven haben sich somit um 12.080.895,26 € erhöht.

Aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips nach § 341b Abs. 2 HGB bestehen stille Lasten in Höhe von 14.293.075,00 €. Dem stehen stille Reserven von 7.535.240,42 € bei den so bewerteten Wertpapieren gegenüber (Aktiva B II 1 und 2). Die stillen Lasten betreffen überwiegend Staatsanleihen, wobei nur Staatsanleihen von Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehalten werden. Aufgrund der Stabilisierungsmaßnahmen in der Europäischen Union gehen wir davon aus, dass diese Wertminderungen nicht von Dauer sind und diese Anleihen bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Eine tabellarische Übersicht zu dem Bestand an Staatsanleihen ist im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu der Bilanzposition Aktiva B II 2 dargestellt.

Aufgrund der hohen Qualität unserer Kapitalanlagen waren keine weiteren Abschreibungen zur Berücksichtigung von Ausfallrisiken erforderlich. Auch die stillen Lasten der übrigen festverzinslichen Kapitalanlagen können als nicht dauerhaft angesehen werden, weil diese Kapitalanlagen mit hoher Sicherheit bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden. Lediglich bei einigen Wertpapieren haben wir außerplanmäßige Abschreibungen auf den Nennwert bzw. einen höheren Zeitwert vorgenommen, wenn der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher war. Diese Abschreibungen belaufen sich auf 40.000,00 €; sie sind auf die Entwicklung der Marktkurse zurückzuführen.

Mit der Nettoverzinsung von über 4 % konnten wir für alle Tarife den jeweils maßgeblichen Rechnungszins übertreffen und damit wieder ein solides Ergebnis erzielen.

Die Kapitalanlagen stellen das Sicherungsvermögen dar, das nach den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Bedeckung des Sollwertes aus den Verpflichtungen der Versicherungsverträge qualifiziert sein muss. Die erforderliche Bedeckung des Sollwertes durch das Sicherungsvermögen ist sowohl nach den Bilanzwerten als auch nach den Zeitwerten gegeben.

1.2.3 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Brutto-Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 1.574.900,41 € (im Vorjahr 1.394.763,97 €). Sie liegen damit wieder unter den geschäftsplanmäßigen Sätzen und betragen 4,76 % (im Vorjahr 4,19 %) der gebuchten Beiträge. Die darin enthaltenen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 799.496,07 € entsprechen 2,41 % der gebuchten Bruttobeiträge (im Vorjahr 2,21 %). Der Anstieg der Brutto-Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus höheren Abschlussaufwendungen für die Werbung und aus Umstellungskosten im EDV-Bereich.

1.2.4 Überschuss

Der Überschuss des Geschäftsjahres ergab sich im Wesentlichen aus dem Zinsergebnis sowie aus dem Risikoergebnis und aus dem Kostenergebnis.

Weiterhin war es notwendig, die Deckungsrückstellung für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung zu verstärken. In den bis zum 31. Dezember 2004 angebotenen neueren Tarifen war eine Anpassung an die aktuelleren Rechnungsgrundlagen erforderlich, wodurch der Trend der steigenden Lebenserwartung stärker berücksichtigt wird. Von diesen Maßnahmen war das Ergebnis für die nach diesen Tarifen versicherten Personen betroffen, so dass der Überschuss entsprechend niedriger war. Hierbei ist das unterschiedliche Niveau der Tarifbeiträge zu berücksichtigen.

Insgesamt wurde im Geschäftsjahr ein Überschuss von 1.035.787,09 € (im Vorjahr 3.069.968,26 €) erzielt. Hiervon wurden 350.000,00 € der Verlustrücklage und 685.787,09 € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugewiesen.

1.2.5 Solvabilität

Versicherungsunternehmen sind gemäß § 53c VAG verpflichtet, zur Sicherstellung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge stets über freie unbelastete Eigenmittel mindestens in Höhe der geforderten Solvabilitätsspanne zu verfügen, die sich nach dem gesamten Geschäftsumfang bemisst. Weitere Vorschriften hierzu regelt die Kapitalausstattungs-Verordnung.

Als Eigenmittel können wir insbesondere die Verlustrücklage und die Rückstellung für Beitragsrückerstattung, soweit sie nicht auf festgelegte Überschussanteile entfällt, und das eingezahlte Nachrangkapital heranziehen. Immaterielle Vermögenswerte sind davon abzusetzen (Aktiva A). Stille Nettoreserven berücksichtigen wir bei den Eigenmitteln nicht.

Für das Nachrangkapital hatte die Deutsche Steuerberater-Versicherung nach Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde im Jahr 2006 nachrangige Schuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von 7.000.000,00 € begeben. Die Laufzeit beträgt 10 Jahre. Die Schuldverschreibungen werden mit jährlich 6,5 % verzinst.

Die gesamten Eigenmittel für die Solvabilität belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 33.242.210,00 €.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung erfüllt die Solvabilitätsvorschriften.

1.3 Überschussverwendung

Im Geschäftsjahr wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zur Durchführung von bisherigen Beschlüssen für die Überschussverwendung 1.628.844,78 € entnommen. Davon entfallen 687.536,00 € auf Erhöhungen der versicherten Leistungen, die als Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung verbucht worden sind. Im Übrigen handelt es sich um gezahlte Schlussüberschussanteile von 819.886,46 €, um gezahlte Bewertungsüberschussanteile von 28.777,23 €, um gezahlte Leistungszuschläge von 49.075,41 € sowie um Überschussanteile von 43.569,68 €, die mit Beiträgen verrechnet wurden.

Unter Berücksichtigung der Entnahmen und der Zuführung des Geschäftsjahres beläuft sich die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zum 31. Dezember 2011 auf 18.760.175,86 € (im Vorjahr 19.703.233,55 €).

Gemäß § 16 Abs. 2 der Satzung legen wir den Vorschlag zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung vor. Der Aufsichtsrat leitet den Vorschlag mit seiner Stellungnahme der Vertreterversammlung zur Beschlussfassung zu.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang des Jahresabschlusses aufgeführt.

1.4 Geschäftsorganisation und Risikomanagement

Versicherungsunternehmen müssen gemäß § 64a VAG über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die neben einer dem Geschäftsbetrieb angemessenen ordnungsgemäßen Verwaltung und Buchhaltung insbesondere ein angemessenes Risikomanagement voraussetzt. Das Risikomanagement erfordert die Entwicklung einer auf die Steuerung des Unternehmens abgestimmten Risikostrategie, aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen, die Einrichtung eines geeigneten internen Steuerungs- und Kontrollsystems sowie eine interne Revision. Diese aufsichtsgesetzlichen Regelungen sind zum 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Die Aufsichtsbehörde hat mit dem Rundschreiben 3/2009 „Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA)“ diese Regelungen konkretisiert.

Wir haben uns bereits im Jahr 2008 eingehend mit den gesetzlichen Anforderungen befasst und unsere Risikostrategie weiterentwickelt. Die Aufbauorganisation wurde angepasst und die Funktion einer internen Revision eingeführt. Die vorhandenen Steuerungs- und Kontrollsysteme sind in das Risikomanagement einbezogen worden. Dies gilt auch für die versicherungsmathematischen Analysen zum Risikoverlauf und zu den Rechnungsgrundlagen.

Im Jahr 2009 sind weitere Maßnahmen zum Risikocontrolling für den Bereich der Kapitalanlagen umgesetzt worden, indem zur laufenden Unterstützung des Risikomanagements ein Dienstleistungsvertrag mit einer qualifizierten Kapitalanlagegesellschaft geschlossen wurde. Es ist eine Studie zum Asset-Liability-Management (ALM-Studie) erstellt worden, die wir zur Steuerung der Kapitalanlagepolitik nutzen.

Im Jahr 2010 ist die Geschäftsorganisation in einem umfassenden Organisationshandbuch dokumentiert worden, das weiter ausgebaut und gepflegt wird.

Unser internes Steuerungs- und Kontrollsystem haben wir hinsichtlich der MaRisk VA auch im Geschäftsjahr 2011 weiter entwickelt. Es wurde erneut eine ALM-Studie erstellt, in der aktuelle Kapitalmarktentwicklungen berücksichtigt worden sind.

Für die Durchführung der internen Revision besteht ein Funktionsausgliederungsvertrag mit der axis AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

1.5 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für die künftige Entwicklung können insbesondere **Risiken** im Bereich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlagen von Bedeutung sein. Weitere Risiken können sich im operationalen Bereich ergeben. Wir begegnen den Risiken mit einem angemessenen Risikomanagement.

In der Versicherungstechnik stellt die Änderung der Rahmenbedingungen, insbesondere die Steigerung der Lebenserwartung, ein Risiko dar.

Wir analysieren die Risiken durch regelmäßige Kontrolle des Risikoverlaufs und der Rechnungsgrundlagen. In dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif wird die Deckungsrückstellung nach dem geschäftsplanmäßigen Verfahren weiter verstärkt, wobei der Rechnungszins von 3,5 % unverändert bleibt. Durch Vergleichsrechnungen mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % wird geprüft, ob der erreichte Stand der Verstärkungen zum Bilanzstichtag als ausreichend angesehen werden kann. In den neueren Tarifen werden die DAV-Sterbetafeln angewendet. Soweit deshalb erforderlich, werden weitere Anpassungen der Deckungsrückstellung vorgenommen.

Zur Absicherung hoher Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenleistungen sowie medizinisch erhöhter Risiken erfolgt eine eingehende Risikoprüfung vor Vertragsabschluss. Außerdem besteht ein Rückversicherungsvertrag, durch den wir unseren Selbstbehalt übersteigende oder erhöhte Risiken für diese Versicherungsfälle rückgedeckt haben.

Die Risiken am Kapitalmarkt werden durch eine vorsichtige Anlagepolitik begrenzt. Dabei wird stets der Sicherheit der Kapitalanlagen der Vorrang vor einer eventuell höheren Rendite, die mit zu hohen Risiken verbunden wäre, gegeben. Der Schwerpunkt unserer Kapitalanlagen liegt auf festverzinslichen Wertpapieren gut fundierter Aussteller, die bei der Neuanlage über ein Investment-Grade-Rating verfügen müssen. Der Anteil an Wertpapieren, die kein Investment-Grade-Rating mehr haben, beläuft sich auf 1,3 % der gesamten Kapitalanlagen. Dabei handelt es sich um die Staatsanleihen von Griechenland, Portugal und Ungarn. Eine tabellarische Übersicht zu dem Bestand der Staatsanleihen ist im Anhang zum Jahresabschluss in den Erläuterungen zu der Bilanzposition Aktiva B II 2 dargestellt. Trotz der überwiegend vorliegenden Investment-Grade-Ratings kommt in den Marktwerten für einige Staaten ein möglicherweise höheres Risiko zum Ausdruck. Nur ein geringer Anteil wird in Risikokapitalanlagen getätigt. Im Direktbestand halten wir keine Aktienanlagen. Innerhalb des vorhandenen Investmentfonds betrug der Aktienanteil 0,0 % der gesamten Kapitalanlagen und der Anteil an festverzinslichen Wertpapieren ohne Investment-Grade-Rating 0,3 % der gesamten Kapitalanlagen. Im Übrigen achten wir bei unseren Kapitalanlagen auf eine ausreichende Mischung und Streuung. Bei Neuanlagen investieren wir regelmäßig in längere Laufzeiten. Mit dieser Kapitalanlagepolitik soll sichergestellt werden, dass der garantierte Rechnungszins dauerhaft erreicht wird. Diese Kapitalanlagepolitik wollen wir auch in Zukunft beibehalten. Eine Herausforderung liegt dabei in den zurzeit niedrigen Kapitalmarktzinsen. Eine länger anhaltende Niedrigzinsphase würde sich wegen der vorhandenen langfristigen Kapitalanlagen erst allmählich auswirken, könnte aber dann zu einer substantiellen Verminderung der Nettoverzinsung führen.

Den operationalen Risiken begegnen wir insbesondere durch eine angemessene Aufbau- und Ablauforganisation unseres Geschäftsbetriebes. In die Organisation ist ein internes Kontrollsystem einbezogen.

Die **Chancen** der künftigen Entwicklung liegen in der wachsenden Bedeutung und Notwendigkeit der zusätzlichen Altersversorgung. Dabei sind die steuerlich geförderten Vorsorgemodelle „Basisrente“ und betriebliche Altersversorgung wichtige Säulen. In der betrieblichen Altersversorgung ist die Entgeltumwandlung durch die Beitragsfreiheit in der Sozialversicherung weiterhin lukrativ für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Als berufsständische Pensionskasse ist die Deutsche Steuerberater-Versicherung ein besonders geeigneter Partner. Die niedrigen Betriebskosten erlauben uns, kostengünstige und attraktive Tarife anzubieten. Es fallen keine Abschlussgebühren und Kosten für einen Außendienst oder Makler an. Von den Sparbeiträgen werden keine Anteile für Provisionen verbraucht, sondern sie fließen direkt in die Altersvorsorge.

Mit einer soliden Geschäftspolitik tragen wir zur Alterssicherung der Mitglieder und Versicherten bei. Interessenten an Vorsorgelösungen können uns als zuverlässigen Partner für ihre Alters- und Risikoversorge wahrnehmen.

Erhöhte Chancen für die Entwicklung sehen wir in einer weiteren Stärkung der Beziehungen zum Berufsstand, die durch die Einrichtung des Beirats eingeleitet werden konnte.

1.6 Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nach Schluss des Geschäftsjahres nicht zu verzeichnen.

Im März 2012 erfolgte der Umtausch der griechischen Staatsanleihen. Durch die im Geschäftsjahr 2011 vorgenommenen Abschreibungen auf die Marktwerte ist hierfür bereits weitgehend Vorsorge getroffen worden.

Vor dem Hintergrund des teilweise krisenhaften Umfeldes sehen wir die aktuelle Geschäftslage der Deutschen Steuerberater-Versicherung insgesamt als zufriedenstellend an.

Unsere aktuellen Tarife bieten erweiterte und flexible Versicherungslösungen. Als Produktlinien stehen die folgenden Tarife zur Verfügung:

ds:Rente	– die flexible Rentenversicherung
ds:Rente Plus	– die umfassende Alters- und Hinterbliebenenversorgung
ds:Basisrente	– die zertifizierte Basisrente
ds:BU	– die eigenständige Berufsunfähigkeits-Versorgung
ds:RiBU	– die Risikoversicherung mit Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
ds:bAV	– die Pensionskasse zur betrieblichen Altersversorgung

Die steuerlichen Förderungen nach dem Altersvermögensgesetz und dem Alterseinkünftegesetz können genutzt werden. Die Rahmenbedingungen einer zusätzlichen Basisrente sind insbesondere für Selbständige attraktiv.

In der gesetzlichen Rentenversicherung wird das Rentenalter schrittweise auf 67 Jahre angehoben. Das Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente wird für künftige Rentenzugänge sinken und allein für eine ausreichende Altersabsicherung voraussichtlich nicht mehr reichen. Die steigende Lebenserwartung führt außerdem dazu, dass zu Beginn der Altersrente mehr Kapital vorhanden sein muss, um ein ausreichendes Alterseinkommen zu erzielen. Eine zusätzliche Altersvorsorge wird immer wichtiger.

Zum 1. Januar 2012 wurde der Rechnungszins für das Neugeschäft auf 1,75 % abgesenkt. Bei gleichen Beiträgen führt dies zu einer niedrigeren versicherten Rente, was jedoch durch eine entsprechend höhere Überschussbeteiligung voraussichtlich ausgeglichen werden kann.

Die Deutsche Steuerberater-Versicherung bietet günstige und lukrative Vorsorgemöglichkeiten für die zusätzliche Alters- und Risikoabsicherung. Dabei kann auch das Rentenbeginnalter flexibel gestaltet werden. Diese Vorteile wollen wir auch unter den künftigen Rahmenbedingungen sicherstellen.

Die Konjunkturprognosen sehen die deutsche Wirtschaft in einer guten Verfassung und erwarten im Jahr 2012 ein leichtes Wachstum und im Jahr 2013 ein Wachstum in Höhe der längerfristigen Trendrate.

Für die Deutsche Steuerberater-Versicherung rechnen wir mit einer Fortsetzung der stabilen Entwicklung in den Geschäftsjahren 2012 und 2013. Dabei erwarten wir für die Beitragseinnahmen leichte Rückgänge etwa auf dem Niveau des Jahres 2011. Diese Einschätzung beruht auf zunehmenden Abläufen und Übergängen in die Rentenbezugsphase bei den bestehenden Versicherungen.

Wir rechnen mit einem weiteren Zugang an Versicherten und einer Steigerung des Versicherungsbestandes.

Bonn, den 10. Mai 2012

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann


2 JAHRESABSCHLUSS

2.1 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	Euro	Euro	Euro	2011 Euro	2010 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				190.256,50	185.186,50
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			12.853.663,56		13.192.781,06
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	49.999.989,70				75.000.000,94
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	183.352.592,48				239.637.130,00
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	56.266,20				74.720,29
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	396.813.100,00				321.359.350,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	179.491.500,00	576.304.600,00			150.471.000,00
5. Einlagen bei Kreditinstituten	17.500.000,00	827.213.448,38			8.000.000,00
				840.067.111,94	807.734.982,29
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			185.261,17		206.764,34
II. Sonstige Forderungen					
			67.674,07		63.926,76
				252.935,24	270.691,10
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			111.407,00		90.065,50
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			1.578.933,47		3.322.727,75
III. Andere Vermögensgegenstände			5.203.718,75		4.679.613,98
				6.894.059,22	8.092.407,23
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			18.356.878,56		16.966.108,34
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			268.439,46		207.229,16
				18.625.318,02	17.173.337,50
Summe der Aktiva				866.029.680,92	833.456.604,62

Gemäß § 73 VAG wird bestätigt, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Bonn, den 10. Mai 2012


Hans Theo Laufenberg, Treuhänder

Passiva	Euro	Euro	2011 Euro	2010 Euro
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			10.450.000,00	10.100.000,00
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			7.000.000,00	7.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		4.140.395,47		4.175.304,40
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	823.615.066,00			790.461.847,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	85.885.410,00	737.729.656,00		85.117.244,00
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.025.744,15			1.133.936,38
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	440.520,00	585.224,15		431.322,00
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			18.760.175,86	19.703.233,55
			761.215.451,48	729.925.755,33
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		240.976,00		221.638,00
II. Steuerrückstellungen		0,00		9.000,00
III. Sonstige Rückstellungen		258.547,15		247.793,01
			499.523,15	478.431,01
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			85.885.410,00	85.117.244,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern			223.010,96	161.479,71
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			522.145,39	402.938,02
III. Sonstige Verbindlichkeiten			219.660,64	270.356,55
davon:				
aus Steuern	19.750,03 Euro			
(im Vorjahr 19.620,68 Euro)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00 Euro			
(im Vorjahr 0,00 Euro)				
			964.816,99	834.774,28
G. Rechnungsabgrenzungsposten			14.479,30	400,00
Summe der Passiva			866.029.680,92	833.456.604,62

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11c in Verbindung mit § 118b Abs. 5 Satz 2 und Abs. 6 VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 2. Mai 2012 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.



Bonn, den 10. Mai 2012

Martin Bollmann, Verantwortlicher Aktuar

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	Euro	Euro	2011 Euro	2010 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	33.080.794,49			33.293.816,97
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	617.878,11	32.462.916,38		1.675.865,55
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		34.908,93	32.497.825,31	-2.607,87
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			687.536,00	739.523,00
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	1.106.138,87			1.259.479,44
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	35.688.561,39	36.794.700,26		34.006.085,21
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		5.211.490,12	42.006.190,38	2.948.436,15
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	30.809.309,32			29.993.627,98
bb) Anteil der Rückversicherer	890.436,00	29.918.873,32		406.025,76
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-108.192,23			218.115,88
bb) Anteil der Rückversicherer	9.198,00	-117.390,23	29.801.483,09	67.819,00
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		33.153.219,00		33.368.327,00
bb) Anteil der Rückversicherer		768.166,00	32.385.053,00	2.042.290,00
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			685.787,09	2.369.968,26
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	775.404,34			660.530,84
b) Verwaltungsaufwendungen	799.496,07	1.574.900,41		734.233,13
c) davon ab: Erhaltene Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.454.542,78	120.357,63	1.788.077,89
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.226.605,74		1.162.151,81
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		6.663.667,50	7.890.273,24	1.098.950,99
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			3.017.412,06	2.963.466,12
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			1.291.185,58	2.303.707,99
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		14.442,27		8.805,41
2. Sonstige Aufwendungen		823.991,78	-809.549,51	792.662,92
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			481.636,07	1.519.850,48
4. Außerordentliche Erträge		0,00		2.580,55
5. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		554.830,00
6. Außerordentliches Ergebnis			0,00	-552.249,45
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			131.636,07	267.601,03
8. Jahresüberschuss			350.000,00	700.000,00
9. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG			350.000,00	700.000,00
10. Bilanzgewinn			0,00	0,00

3 ANHANG

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Versicherungsaufsichtsgesetzes und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) aufgestellt. Dabei wurde von der Möglichkeit des § 265 Abs. 8 HGB Gebrauch gemacht, Posten oder Unterposten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung nicht aufzuführen, wenn hierunter fallende Gegenstände nicht vorhanden oder Aufwendungen oder Erträge nicht angefallen sind.

Das Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB, eine sich voraussichtlich insgesamt ergebende künftige Steuerentlastung – nach Saldierung mit künftigen Steuerbelastungen – als aktive latente Steuern in der Bilanz anzusetzen, wurde nicht ausgeübt.

Wesentliche Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und den steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, bestehen bei bestimmten Bilanzpositionen der Kapitalanlagen (Aktiva B I und II 1) und bei der Bilanzposition zur Pensionsrückstellung (Passiva D I). Die Differenzen werden voraussichtlich zu künftigen Steuerentlastungen führen, wobei die Bewertung mit einem Steuersatz von 30 % erfolgte.

Es wurde von dem Wahlrecht des Art. 67 Abs. 3 EGHGB weiterhin Gebrauch gemacht, in der Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009 enthaltene Rückstellungen für Instandhaltungsaufwendungen beizubehalten.

Nach dem Versicherungskapitalanlagen-Bewertungsgesetz (VersKapAG) vom 26. März 2002 sind die unter Aktiva B II 1 und 2 ausgewiesenen Kapitalanlagen nicht nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften (strenges Niederstwertprinzip), sondern nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, soweit sie dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (§ 341b Abs. 2 HGB).

Die unter Aktiva B II 4 ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder gegebenenfalls dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet. Ist der Nennwert niedriger als die Anschaffungskosten, wurde entsprechend dem Wahlrecht nach § 341c Abs. 2 Satz 2 HGB der Unterschiedsbetrag als Agio in den Rechnungsabgrenzungsposten unter Aktiva E II aufgenommen und planmäßig zeitanteilig aufgelöst.

3.1 Erläuterungen zur Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

- I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Unter dieser Position ist entgeltlich erworbene EDV-Software ausgewiesen.

Bestand am 31.12.2010	185.186,50 €
Zugänge	87.214,40 €
Abgänge	5,50 €
Abschreibungen	82.138,90 €
Bestand am 31.12.2011	190.256,50 €

Für die Abschreibungen wurden Nutzungsdauern nach amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen zugrunde gelegt.

B. Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr ist aus der Seite 22 ersichtlich (Aktivposten B I bis II).

Die Zeitwerte der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV sind in der folgenden Übersicht angegeben:

Zeitwerte der Kapitalanlagen zum 31. Dezember 2011

	Bilanzwert	Zeitwert
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	12.853.663,56 €	12.960.000,00 €
II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	49.999.989,70 €	50.544.507,60 €
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	183.352.592,48 €	176.050.240,00 €
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	56.266,20 €	56.266,20 €
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	396.813.100,00 €	408.678.700,00 €
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	179.491.500,00 €	187.195.500,00 €
5. Einlagen bei Kreditinstituten	17.500.000,00 €	17.500.000,00 €
Summe II.	827.213.448,38 €	840.025.213,80 €
Kapitalanlagen insgesamt	840.067.111,94 €	852.985.213,80 €

Die Gesamtsumme der (fortgeführten) Anschaffungskosten der in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen entspricht dem Bilanzwert von 840.067.111,94 € zzgl. Agio von 96.735,30 €, somit insgesamt 840.163.847,24 €. Die Gesamtsumme des beizulegenden Zeitwertes dieser Kapitalanlagen beträgt 852.985.213,80 €. Daraus ergibt sich ein Gesamtsaldo an Bewertungsreserven von 12.821.366,56 €.

Weitere Erläuterungen zu den Bilanzwerten und den Zeitwerten enthalten die folgenden Angaben.

I. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die Grundstücke sind mit den weiterentwickelten Anschaffungskosten bilanziert, wobei Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB mit Nutzungsdauern von 50 Jahren vorgenommen wurden. Der Zeitwert der Grundstücke beträgt 12.960.000,00 € gegenüber einem Bilanzwert von 12.853.663,56 €. Die Zeitwerte sind gemäß Wertgutachten aus dem Jahr 2009 als Verkehrswerte nach der Ertragswertmethode gemäß Wertermittlungsverordnung und den Wertermittlungsrichtlinien bestimmt worden, wobei Wertberichtigungen nach § 55 RechVersV berücksichtigt sind. Das Grundstück Bonn, Poppelsdorfer Allee 24, wird zu 42 % für den eigenen Geschäftsbetrieb genutzt. Der Bilanzwert dieses Grundstücks beträgt 3.413.010,02 €.

II. Sonstige Kapitalanlagen

Der Zeitwert der sonstigen Kapitalanlagen beträgt 840.025.213,80 € gegenüber einem Bilanzwert von 827.213.448,38 €.

Die Zeitwerte der Investmentanteile und der Wertpapiere sind nach den Kurswerten bestimmt worden. Bei den Grundschuldforderungen und den Festgeldanlagen wurden die Nominalwerte angesetzt. Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden nach der Barwert-Methode anhand von Renditestrukturen ermittelt.

1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Unter dieser Position sind Anteile an inländischen Investmentfonds ausgewiesen:

Investmentanteile	49.999.989,70 €
-------------------	-----------------

Die Investmentanteile sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; sie sind daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert der Investmentanteile beträgt 50.544.507,60 €. Stille Lasten bestehen hierbei nicht. Die stillen Reserven betragen 544.517,90 €.

Es waren keine Abschreibungen erforderlich.

Bei den Investmentfonds handelt es sich um den Spezialfonds BWInvest-83. Für das Geschäftsjahr erfolgte aus dem Investmentfonds BWInvest-83 eine Ausschüttung von 2.238.636,00 €.

Die Anlageziele des Investmentfonds BWInvest-83 ergeben sich aus den in den Vertragsbedingungen festgelegten Anlagegrundsätzen und der Anlagepolitik. Der Spezialfonds BWInvest-83 investiert demnach fast ausschließlich in Unternehmensanleihen mit Investment-Grade-Rating. Der zum 31. Dezember 2010 vorhandene Spezialfonds DAM 20 ist im Geschäftsjahr veräußert worden. Aus dem Verkauf konnte ein Abgangsgewinn in Höhe von 278.527,64 € erzielt werden.

2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Bestand gliedert sich wie folgt:

a) Öffentliche Anleihen, Anleihen von supranationalen und ähnlichen Einrichtungen	92.111.845,81 €
b) Pfandbriefe, Kommunalobligationen und andere Inhaberschuldverschreibungen, für die kraft Gesetzes eine besondere Deckungsmasse besteht	56.451.496,67 €
c) Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	34.789.250,00 €
	183.352.592,48 €

Diese Kapitalanlagen sind dazu bestimmt, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, und daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet (§ 341b Abs. 2 HGB).

Der Zeitwert dieser Wertpapiere beträgt 176.050.240,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 14.293.075,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 6.990.722,52 €.

Von den stillen Lasten entfallen 10.448.875,00 € auf Wertpapiere mit Investment-Grade-Rating und 3.844.200,00 € auf Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating.

Bei den Emittenten der Wertpapiere ohne Investment-Grade-Rating handelt es sich um Staaten, die der Europäischen Union angehören und zum Zeitpunkt der Anschaffung der Wertpapiere noch ein Investment-Grade-Rating hatten. Der Buchwert dieser Wertpapiere beträgt 11.171.950,00 € und der Zeitwert 7.327.750,00 €. Aufgrund der Maßnahmen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wird davon ausgegangen, dass die Wertminderung auch bei diesen Wertpapieren voraussichtlich nicht dauerhaft ist und die Wertpapiere bei Fälligkeit zum Nennwert eingelöst werden.

Aufgrund der Entwicklung bei den Staatsanleihen waren außerplanmäßige Abschreibungen auf Staatsanleihen von Griechenland in Höhe von 6.284.550,00 € erforderlich. Diese werden zum 31. Dezember 2011 mit dem Kurswert angesetzt.

Soweit bei einigen Wertpapieren der Anschaffungswert bzw. der Bilanzwert des Vorjahres höher als der Nennwert war, sind aufgrund eines niedrigeren Zeitwertes Abschreibungen auf den Nennwert bzw. auf den höheren Zeitwert vorgenommen worden. Diese Abschreibungen beliefen sich für das Geschäftsjahr auf 40.000,00 €.

Der Bestand an Anleihen von Staaten, deren Regionalregierungen und Gebietskörperschaften stellt sich wie folgt dar:

	Bilanzwert	Zeitwert
Belgien	7.205.700,00 €	7.215.850,00 €
Deutschland	13.018.850,00 €	15.302.100,00 €
Finnland	4.006.250,00 €	4.571.050,00 €
Frankreich	5.057.600,00 €	5.696.100,00 €
Griechenland	2.215.450,00 €	2.215.450,00 €
Irland	9.494.000,00 €	7.266.450,00 €
Italien	11.000.000,00 €	8.967.000,00 €
Lettland	1.991.000,00 €	1.985.000,00 €
Litauen	989.500,00 €	932.150,00 €
Österreich	5.939.991,26 €	6.336.250,00 €
Polen	4.923.500,00 €	4.626.800,00 €
Portugal	6.956.500,00 €	3.517.300,00 €
Spanien	10.000.000,00 €	9.054.500,00 €
Slowakei	1.866.800,00 €	1.668.000,00 €
Slowenien	2.000.000,00 €	1.698.000,00 €
Ungarn	2.000.000,00 €	1.595.000,00 €
Insgesamt	88.665.141,26 €	82.647.000,00 €

3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen

Die Darlehen sind durch erstrangige Grundschulden gesichert. Die Forderungen wurden zum Nominalwert bewertet.

4. Sonstige Ausleihungen

Diese Position verteilt sich auf folgende Untergruppen:

a) Namensschuldverschreibungen	396.813.100,00 €
b) Schuldscheinforderungen	179.491.500,00 €
	576.304.600,00 €

Die Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zum Nennwert oder dem niedrigeren Anschaffungswert bewertet.

Der Zeitwert beträgt 595.874.200,00 €. Es bestehen stille Lasten in Höhe von 9.953.700,00 €; die stillen Reserven belaufen sich auf 29.523.300,00 €.

5. Einlagen bei Kreditinstituten

Es handelt sich um Festgeldanlagen in Höhe von 17.500.000,00 €, die überwiegend zum Jahresende getätigt worden sind. Sie sind zum Nominalwert bewertet.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an

1. Versicherungsnehmer

Die Forderungen an Mitglieder sind im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen äußerst niedrig. Von den ausgewiesenen Forderungen wurden 124.061,20 € im ersten Quartal 2012 ausgeglichen.

II. Sonstige Forderungen

Die Position besteht im Wesentlichen aus Mietforderungen.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position ist ausschließlich die Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

Die Aktivierung erfolgte zu Anschaffungskosten, die Abschreibungen linear mit Nutzungsdauern, die anhand von amtlichen bzw. branchenüblichen Tabellen ermittelt wurden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von 150,00 € sind als Aufwendungen behandelt worden.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die ausgewiesenen Guthaben bestehen bei Kreditinstituten im Inland.

III. Andere Vermögensgegenstände

Hier sind im Wesentlichen Vorauszahlungen von Renten in Höhe von 5.015.565,99 € ausgewiesen, die erst am 1. Januar 2012 fällig geworden sind, sowie Ansprüche auf Erstattung von Steuerzahlungen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Es handelt sich um anteilige Zinsen, die auf 2011 entfallen, aber erst 2012 fällig werden.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es war ein Disagio aus der Begebung der nachrangigen Schuldverschreibungen eingestellt worden. Das Disagio wird zeitanteilig aufgelöst und beträgt 171.704,16 €.

In 2011 ist ein Agio für eine Namensschuldverschreibung in Höhe des Betrages, um den die Anschaffungskosten den Nennwert übersteigen, aktiviert worden. Das Agio wird zeitanteilig aufgelöst und beträgt 96.735,30 €.

Entwicklung der Aktivposten A und B I bis II im Geschäftsjahr 2011

	Bilanzwerte Vorjahr TsdEuro	Zugänge TsdEuro	Um- buchungen TsdEuro	Abgänge TsdEuro	Zuschrei- bungen TsdEuro	Abschrei- bungen TsdEuro	Bilanzwerte Geschäftsjahr TsdEuro
A. Immaterielle Vermö- gensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerb- liche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	185	87				82	190
B I. Grundstücke, grund- stücksgleiche Rechte und Bauten auf frem- den Grundstücken	13.193					339	12.854
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festver- zinsliche Wertpapiere	75.000			25.000			50.000
2. Inhaberschuldverschrei- bungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	239.637	21.738		71.698		6.324	183.353
3. Hypotheken-, Grund- schul- und Renten- schuldforderungen	75			19			56
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuld- verschreibungen	321.359	84.923		9.469			396.813
b) Schuldscheinforde- rungen und Darlehen	150.471	51.000		21.980			179.491
5. Einlagen bei Kredit- instituten	8.000	172.200		162.700			17.500
6. Summe B II.	794.542	329.861		290.866		6.324	827.213
Insgesamt	807.920	329.948		290.866		6.745	840.257

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Verlustrücklage wurde um 350.000,00 € auf 10.450.000,00 € erhöht.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten beträgt weniger als fünf Jahre. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen beträgt 6,5 %.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Es werden die fälligen Zahlungen der Vierteljahres- und Jahresbeiträge jeweils zum Soll gestellt; die auf das Jahr 2012 entfallenden Beitragsanteile wurden nach den steuerlichen Vorschriften als Beitragsüberträge abgegrenzt. Anteile des Rückversicherers bestehen nicht.

II. Deckungsrückstellung

Die zum 31. Dezember 2011 ausgewiesene Deckungsrückstellung wurde nach dem aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplan und den der Aufsichtsbehörde angezeigten Grundsätzen prospektiv für jede einzelne Versicherung berechnet. Sie hat sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

	Bruttobetrag	davon rückversichert	Nettobetrag
Stand am 31.12.2010	790.461.847,00 €	85.117.244,00 €	705.344.603,00 €
Zuführung	33.153.219,00 €	768.166,00 €	32.385.053,00 €
Stand am 31.12.2011	823.615.066,00 €	85.885.410,00 €	737.729.656,00 €

Entsprechend sind unter Passiva E Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 85.885.410,00 € (im Vorjahr 85.117.244,00 €) ausgewiesen.

Für die Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“) wurde die Deckungsrückstellung zunächst nach den ursprünglichen geschäftsplanmäßigen Rechnungsgrundlagen ermittelt, mit denen auch die Beiträge kalkuliert sind. Demnach werden bei Anwärtern für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Allgemeinen Sterbetafeln für die Bundesrepublik Deutschland 1949/51* und bei laufenden Renten die *Richttafeln für die Pensionsversicherung von Heubeck-Fischer* verwendet.

Um die gestiegene Lebenserwartung zu berücksichtigen, erfolgt ein Übergang auf neue biometrische Rechnungsgrundlagen. Hierzu wird die Deckungsrückstellung seit dem Jahr 1999 schrittweise verstärkt. Dabei darf der erreichte Verstärkungsgrad den geschäftsplanmäßig vorgegebenen Mindeststand nicht unterschreiten. Zum 31. Dezember 2011 beträgt die Verstärkung 67,4 % der Differenz der nach den neuen Rechnungsgrundlagen und der nach den ursprünglichen Rechnungsgrundlagen ermittelten Deckungsrückstellung (im Vorjahr 65,9 %).

Die neuen Rechnungsgrundlagen sind durch geeignete Modifikationen aus den *Richttafeln 2005 G von K. Heubeck* abgeleitet worden, um die beobachtete Risikoentwicklung angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden seit dem Jahr 2007 in den neuen Rechnungsgrundlagen eine weiter gehende Absenkung der Sterbewahrscheinlichkeiten und Anpassungen der künftigen Trendannahmen angesetzt. Für die Gesamt- und Rentnersterbewahrscheinlichkeiten der Basistafel werden demnach grundsätzlich 60 % der Richttafelwerte – mit weiteren Absenkungen im Altersbereich von 55 bis 80 Jahren – verwendet. Bei einem linearen Übergang der Modifikationssätze im Altersbereich von 80 bis 85 Jahren werden als Rentnersterbewahrscheinlichkeiten ab dem Alter 85 Jahre 70 % der Richttafelwerte angenommen.

Sowohl für die Deckungsrückstellung nach den bisherigen als auch nach den neuen Rechnungsgrundlagen beträgt der Rechnungszins einheitlich 3,5 %. Eine Vergleichsrechnung zeigt, dass der Betrag der in die Bilanz für diese Versicherungen – einschließlich der bisherigen Verstärkungen – eingestellten Deckungsrückstellung bereits höher ist, als es der Betrag einer mit den neuen Rechnungsgrundlagen und einem erhöhten Rechnungszins von 4,0 % berechneten Deckungsrückstellung wäre.

Für den ab dem 1. Januar 1997 geltenden „**Tarif 2000**“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 4,0 %. Der Tarif war zum 31. Dezember 2001 für den Neuzugang geschlossen worden.

Für den ab dem 1. Januar 2002 geltenden „**Tarif 2000 plus**“ und den ab dem 1. Januar 2004 geltenden „**Tarif 04 plus**“ beruhten die Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten ursprünglich auf den *Sterbetafeln DAV 1994 R*. Im Jahr 2004 war die Umstellung auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-Bestand* vorgenommen worden. Seit dem Jahr 2005 erfolgten jährliche Anpassungen für einen möglichen schrittweisen Übergang auf die *Sterbetafeln DAV 2004 R-B20*. Der Rechnungszins beträgt 3,25 % für den „**Tarif 2000 plus**“ bzw. 2,75 % für den „**Tarif 04 plus**“. Diese Tarife sind für den Neuzugang geschlossen.

Für den Neuzugang an Rentenversicherungen nach dem „**Tarif 2005**“ in den Jahren 2005 und 2006 bzw. nach dem „**Tarif 2007**“ im Jahr 2007 und dem „**Tarif 2008**“ in den Jahren 2008 bis 2011 werden als Rechnungsgrundlagen für die Gesamtsterbewahrscheinlichkeiten die *Sterbetafeln DAV 2004 R* verwendet. Der Rechnungszins beträgt 2,75 % für den „**Tarif 2005**“ bzw. 2,25 % für den „**Tarif 2007**“ und den „**Tarif 2008**“.

Bei den Risikoversicherungen werden als Rechnungsgrundlagen Werte auf einem Niveau von 75 % der *Sterbetafeln DAV 1994 T* mit dem für den Tarif jeweils geltenden Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % oder 2,25 % angewendet.

Die Anwartschaften auf Hinterbliebenenrenten sind jeweils nach der Kollektivmethode berücksichtigt worden

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Es handelt sich um Versicherungsfälle, bei denen die abschließende Prüfung noch aussteht.

Die Rückstellung wurde für jeden Einzelfall als Barwert der maßgeblichen Versicherungsleistungen, vermindert um das vorhandene Deckungskapital, bestimmt. Der Anteil für das in Rückdeckung gegebene Geschäft wurde auf der Grundlage der Rückversicherungsverträge entsprechend ermittelt.

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand am 31.12.2010	19.703.233,55 €
Entnahme im Geschäftsjahr	1.628.844,78 €
Zwischensumme	18.074.388,77 €
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	685.787,09 €
Stand am 31.12.2011	18.760.175,86 €

Es handelt sich ausschließlich um noch nicht zugeteilte erfolgsabhängige Überschussanteile.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung setzt sich zum 31. Dezember 2011 aus folgenden Teilen zusammen:

1. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	
gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	157.189,00 €
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	818.246,00 €
2. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	
gemäß bereits erfolgten Beschlüssen	9.845,00 €
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	1.159.179,00 €
3. festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	
gemäß Vorschlag zur Überschussverwendung	278.000,00 €
4. Teil des Schlussüberschussanteilsfonds für die Finanzierung von Gewinnrenten in Form von Leistungszuschlägen	4.065.630,00 €
5. Teil des Schlussüberschussanteilsfonds für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen	8.765.670,00 €
6. ungebundener Teil	3.506.416,86 €
Insgesamt	18.760.175,86 €

Die Berechnung des Schlussüberschussanteilsfonds erfolgte für die betroffenen Versicherungen gemäß § 28 RechVersV. Hierbei kamen versicherungsmathematische Methoden zur Anwendung. Die Rechnungsgrundlagen wurden unter Berücksichtigung von Erwartungswerten aus den Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung abgeleitet. Abzinsungen wurden mit einem Zinssatz von 4,00 % (im Vorjahr 4,25 %) vorgenommen.

Der Vorschlag zur Überschussverwendung ist in der Anlage zum Anhang angegeben.

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Aufgrund von Versorgungsanwartschaften wurde eine Pensionsrückstellung gebildet.

Die Pensionsrückstellung ist gemäß § 253 Abs. 2 HGB nach dem Teilwertverfahren mit einer Dynamik aufgrund einer angenommenen Inflationsrate von 2,0 % versicherungsmathematisch berechnet worden. Als Rechnungsgrundlagen wurden ein Rechnungszins von 5,14 % (im Vorjahr 5,15 %) und die Richttafeln 2005 G verwendet. Der Rechnungszins beruht auf dem anzuwendenden Abzinsungssatz gemäß § 253 Abs. 2 Satz 4 HGB, wobei er pauschal bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt worden ist.

II. Steuerrückstellungen

Für das Geschäftsjahr waren keine Steuerrückstellungen zu bilden.

III. Sonstige Rückstellungen

Es handelt sich insbesondere um die voraussichtlichen Aufwendungen für den Jahresabschluss (Prüfung, Steuerberatung, Druck und Veröffentlichung) sowie für die Archivierung aufgrund von Aufbewahrungspflichten. Außerdem enthält diese Position Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, für Beiträge zur Verwaltungs-Berufsgenossenschaft, für Instandhaltungskosten, sowie für Kosten der internen Revision und für Rechtsberatung.

E. Depotverbindlichkeiten

Der ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil des in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäfts an der Deckungsrückstellung (Position Passiva C II 2).

F. Andere Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

1. Versicherungsnehmern

Es handelt sich um Beitragsvorauszahlungen von Mitgliedern sowie um Verbindlichkeiten für Versicherungsleistungen.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

Der Betrag von 522.145,39 € ergibt sich aus dem Saldo der Abrechnung nach den geschlossenen Rückversicherungsverträgen.

Der Rückversicherer ist außerdem in Höhe von 440.520,00 € an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle beteiligt (Position Passiva C III 2).

Der Rückversicherungssaldo gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 3b RechVersV beträgt 2.504.464,67 € (im Vorjahr 2.628.347,10 €).

III. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Position enthält Verbindlichkeiten für Lieferungen und Leistungen, die im Jahre 2011 erbracht, aber erst nach dem Bilanzstichtag in Rechnung gestellt und inzwischen bezahlt wurden. Die Verbindlichkeiten aus Steuern belaufen sich auf 19.750,03 €. Außerdem umfasst die Position Zinsverbindlichkeiten in Höhe von 77.287,96 € für anteilige Zinsen auf die nachrangigen Schuldverschreibungen (Position Passiva B), die auf 2011 entfallen, aber erst in 2012 fällig sind.

G. Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dieser Position sind Mietvorauszahlungen ausgewiesen.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

Die gebuchten Bruttobeiträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
Laufende Beiträge	30.547.949,02 €	31.019.225,07 €
Einmalbeiträge	2.532.845,47 €	2.274.591,90 €
Gebuchte Bruttobeiträge	33.080.794,49 €	33.293.816,97 €

Die gebuchten Bruttobeiträge betreffen ausschließlich Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung.

Die abgegebenen Rückversicherungsbeiträge in Höhe von 617.878,11 € (im Vorjahr 1.675.865,55 €) waren für den Selbstbehalt übersteigende Risiken zu leisten. Dieser Betrag ergibt sich gemäß § 37 RechVersV aus den vertraglichen Rückversicherungsbeiträgen in Höhe von 6.401.899,11 € (im Vorjahr 6.542.319,55 €) vermindert um die vom Rückversicherer erhaltenen Portfeuille-Austrittsbeiträge von 5.784.021,00 € (im Vorjahr 4.866.454,00 €).

2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Zur Erhöhung der versicherten Leistungen durch Überschussbeteiligung aufgrund der Beschlüsse der Vertreterversammlung nach § 16 Abs. 2 der Satzung war ein Betrag von 687.536,00 € erforderlich, der aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zu entnehmen war.

Dem steht eine entsprechende Erhöhung der Deckungsrückstellung gegenüber.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

Es handelt sich um	2011	2010
a) Erträge aus Grundstücken	1.106.138,87 €	1.259.479,44 €
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	35.688.561,39 €	34.006.085,21 €
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	5.211.490,12 €	2.948.436,15 €
	42.006.190,38 €	38.214.000,80 €

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen ergeben sich in Höhe von 5.156.922,90 € aus dem Verkauf von Wertpapieren und der Rückgabe von Investmentanteilen.

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Die Zahlungen für Versicherungsfälle gliedern sich wie folgt:

	2011	2010
Laufende Renten	21.205.999,19 €	19.926.811,81 €
Rückvergütungen	24.574,88 €	18.260,87 €
Kapitalabfindungen	9.386.187,00 €	9.876.869,00 €
Regulierungsaufwendungen	192.548,25 €	171.686,30 €
	30.809.309,32 €	29.993.627,98 €
Anteile des Rückversicherers	890.436,00 €	406.025,76 €
	29.918.873,32 €	29.587.602,22 €

5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

Der Betrag, der der Deckungsrückstellung zuzuweisen war, setzt sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
a) Bruttobetrag	33.153.219,00 €	33.368.327,00 €
b) Anteil des Rückversicherers	768.166,00 €	2.042.290,00 €
Nettozuführung	32.385.053,00 €	31.326.037,00 €

Von der Zuführung in 2011 entfallen 7.764.732,00 € (im Vorjahr 9.729.144,00 €) auf den Übergang auf neue Rechnungsgrundlagen für den zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif sowie 376.691,00 € (im Vorjahr 301.164,00 €) auf die Anpassung der Rechnungsgrundlagen in neueren Tarifen.

6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung

Nach § 16 der Satzung ist der nach Zuführung zur Verlustrücklage verbleibende Überschuss der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen (Rückstellung für künftige Überschussbeteiligung). Im Geschäftsjahr sind dies 685.787,09 €. Im Vorjahr belief sich der Betrag auf 2.369.968,26 €.

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb setzen sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
a) Abschlussaufwendungen	775.404,34 €	660.530,84 €
b) Laufende Verwaltungsaufwendungen	799.496,07 €	734.233,13 €
	1.574.900,41 €	1.394.763,97 €

Die unter c) ausgewiesene Gewinnbeteiligung aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft in Höhe von 1.454.542,78 € (im Vorjahr 1.788.077,89 €) ergab sich aus der Abrechnung nach den bestehenden Rückversicherungsverträgen.

8. Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Aufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

	2011	2010
a) Anwendungen für		
Grundstücke	643.810,22 €	654.698,09 €
Verwaltung von Kapitalanlagen	582.795,52 €	507.453,72 €
	1.226.605,74 €	1.162.151,81 €
b) Abschreibungen auf		
Grundstücke planmäßig	339.117,50 €	341.391,99 €
Grundstücke außerplanmäßig	0,00 €	321.309,00 €
Wertpapiere	6.324.550,00 €	436.250,00 €
	6.663.667,50 €	1.098.950,99 €
	7.890.273,24 €	2.261.102,80 €

9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

Bei dem Betrag handelt es sich ausschließlich um rechnungsmäßige Zinsen auf das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft (Position E der Passiva).

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge

In dem Betrag sind Habenzinsen aus den Girokonten in Höhe von 2.319,15 € enthalten.

2. Sonstige Aufwendungen

Die Position enthält Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 316.891,99 € (im Vorjahr 280.886,20 €). Dieser Betrag umfasst Aufwendungen für die Vertreterversammlung, den Aufsichtsrat und den Beirat, für die Prüfung und Veröffentlichung des Jahresabschlusses, für die Steuerberatung, für die interne Revision, für Archivierungskosten, für allgemeine Beratungskosten sowie für Gebühren und Beiträge.

Außerdem sind in der Position Zinsaufwendungen in Höhe von 490.525,00 € für die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten, wobei davon 35.525,00 € auf die zeitanteilige Auflösung des Disagios entfallen. Weitere Zinsaufwendungen in Höhe von 16.574,67 € betreffen den Ausgleich der Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft, den Zinsanteil aus der Zuführung zur Pensionsrückstellung sowie übrige Zinsaufwendungen.

4. Außerordentliche Erträge

Außerordentliche Erträge ergaben sich im Geschäftsjahr nicht.

5. Außerordentliche Aufwendungen

Außerordentliche Aufwendungen fielen im Geschäftsjahr nicht an.

7. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Aufwand für Steuern gliedert sich wie folgt:

Körperschaftsteuer	57.011,17 €
Solidaritätszuschlag	3.136,00 €
Gewerbesteuer	71.488,90 €
	131.636,07 €

8. und 9. Jahresüberschuss

Nach der Satzung sind mindestens 5 % des Überschusses vor Steuern der Verlustrücklage zuzuweisen. Die Zuführung zur Verlustrücklage wurde mit 350.000,00 € vorgenommen.

3.3 Weitere Angaben

3.3.1 Verpfändete Vermögensgegenstände, Haftungsverhältnisse

Verpfändete, zur Sicherung übertragene oder hinterlegte Vermögensgegenstände, für die im Insolvenzverfahren Aus- oder Absonderungsrechte geltend gemacht werden können – mit Ausnahme der Bestände des Sicherungsvermögens (§ 66 VAG) – sowie aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse im Sinne von § 251 HGB waren weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr vorhanden.

3.3.2 Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	Vorjahr TsdEuro	Geschäftsjahr TsdEuro
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	–	–
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
3. Löhne und Gehälter	714	734
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	120	124
5. Aufwendungen für Altersversorgung	30	33
6. Aufwendungen insgesamt	864	891

3.3.3 Angaben zum Abschlussprüfer

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr ist bestellt:

BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr beträgt 37.604,00 €. Dieser Betrag entfällt auf Abschlussprüfungsleistungen.

Andere Bestätigungsleistungen, Steuerberatungsleistungen oder sonstige Leistungen wurden im Geschäftsjahr nicht erbracht.

3.3.4 Angaben zu Aufsichtsrat und Vorstand

Der Aufsichtsrat besteht aus:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen	(Vorsitzender)
Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg	(stv. Vorsitzender)
Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg	

Der Vorstand besteht aus:

Petra Albrecht, Bonn
Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von 85.680,00 € und für die Mitglieder des Vorstandes von 286.640,02 € aufgewendet. Forderungen gegenüber Mitgliedern des Vorstandes oder des Aufsichtsrates bestehen nicht.

3.3.5 Angaben zur Belegschaft

Die Pensionskasse beschäftigte im Geschäftsjahr zwei Vorstandsmitglieder und durchschnittlich 11 Arbeitnehmer, davon einen Arbeitnehmer in Elternzeit.

Bonn, den 10. Mai 2012

Der Vorstand



Petra Albrecht



Martin Bollmann

4 ANLAGE ZUM LAGEBERICHT

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen)
im Geschäftsjahr 2011

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	3.617	3.079	1.199	271	17.782.682,36
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	63	130	109	41	1.992.055,64
2. sonstiger Zugang	1	3	–	–	1.673,88
3. gesamter Zugang	64	133	109	41	1.993.729,52
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	8	3	18	3	163.368,96
2. Beginn der Altersrente	103	37	–	–	–
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	6	4	–	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	–	–	–	1	20.863,44
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	44	15	–	–	–
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	6	2	–	–	–
7. sonstiger Abgang	–	–	1	2	27.706,80
8. gesamter Abgang	167	61	19	6	211.939,20
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	3.514	3.151	1.289	306	19.564.472,68
davon					
1. beitragsfreie Anwartschaften	471	436			
2. in Rückdeckung gegeben	1.939	829	–	–	–

Hinterbliebenenrenten			Summe der Jahresrenten		
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen Euro	Witwer Euro	Waisen Euro
362	7	35	2.137.574,68	17.096,56	104.006,80
19	3	1	97.188,12	18.291,44	2.781,44
–	–	–	118,08	42,72	2,88
19	3	1	97.306,20	18.334,16	2.784,32
13	–	–	41.672,52	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
1	–	5	4.607,40	–	9.551,36
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–
14	–	5	46.279,92	–	9.551,36
367	10	31	2.188.600,96	35.430,72	97.239,76
–	–	–	–	–	–

Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen, weiteren Kapitalversicherungen und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2011

A. Bewegung des Bestandes an Sterbegeldversicherungen und weiteren Kapitalversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Sterbegeldversicherungen		Weitere Kapitalversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme Euro
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	43	6.230.258,00
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. abgeschlossene Versicherungen	–	–	1	100.000,00
2. sonstiger Zugang	–	–	–	–
3. gesamter Zugang	–	–	1	100.000,00
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod	–	–	–	–
2. Ablauf	–	–	7	785.000,00
3. Storno	–	–	1	200.000,00
4. sonstiger Abgang	–	–	–	–
5. gesamter Abgang	–	–	8	985.000,00
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	–	–	36	5.345.258,00
davon				
1. beitragsfreie Versicherungen	–	–	–	–
2. in Rückdeckung gegeben	–	–	36	3.620.258,00

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-Zusatzversicherungen		Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme TsdEuro
Bestand				
1. am Anfang des Geschäftsjahres	–	–	40	10.789
2. am Ende des Geschäftsjahres	–	–	34	9.712
davon in Rückdeckung gegeben	–	–	34	7.366

Unter den sonstigen Zusatzversicherungen sind die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen zu den weiteren Kapitalversicherungen ausgewiesen.

5 ANLAGE ZUM ANHANG

Überschussverwendung

Der Vertreterversammlung wird vorgeschlagen, wie folgt zu beschließen:

1. Bei Versicherungen nach dem zum 31. Dezember 1996 geschlossenen Tarif („Alter Tarif“),
 - a) die im Jahr 2012 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 9,00 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt,
 - b) bei denen ein vorzeitiger Versicherungsfall nach dem 31. Dezember 2009 und vor dem 1. Januar 2014 während der beitragspflichtigen Zeit eingetreten ist, werden im Jahr 2013 zusätzlich zu den versicherten Berufsunfähigkeitsleistungen bzw. den versicherten Hinterbliebenenleistungen laufende Leistungszuschläge gezahlt, die auf Grundlage der durch die vorherige Überschussverwendung erreichten Erhöhung der Altersrente – jeweils mit dem entsprechenden Verhältnis der versicherten Leistung zur versicherten Altersrente – bestimmt werden.
2. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung mit einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2011 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die versicherten Renten für im Januar 2011 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen um einen Betrag erhöht, der sich nach geschäftsplanmäßigen Grundsätzen aus einer Gutschrift von 20 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,
 - b) die im Dezember 2011 beitragspflichtig waren, wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 20 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die Gutschrift wird gemäß § 24 Abs. 4 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2012 verwendet.

Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000“, die im Jahr 2012 wegen Kapitalabfindung ablaufen, wird in der Grundversorgung ein Schlussüberschussanteil in Höhe von 1,75 % der geschäftsplanmäßigen Kapitalabfindung gezahlt.

3. Bei Versicherungen nach dem „Tarif 2000 plus“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,
 - a) die im Dezember 2011 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die versicherten Renten um 0,50 % erhöht; für im Januar 2011 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2011 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2011 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 0,50 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2011 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2012 verwendet.

- 4. Bei Versicherungen nach dem „**Tarif 04 plus**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2011 beitragsfrei waren (einschließlich der bereits laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die versicherten Renten um 1,00 % erhöht; für im Januar 2011 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 30 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

- b) die im Dezember 2011 beitragspflichtig waren,
wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,00 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2011 vorgenommen,
wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,00 % des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2011 zuzüglich 30 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags vorgenommen.

Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2012 verwendet.

- 5. Bei den Versicherungen „**ds:Rente**“, „**ds:Rente Plus**“, „**ds:bAV**“ und „**ds:Basis**“, jeweils nach dem „**Tarif 2005**“, dem „**Tarif 2007**“ oder dem „**Tarif 2008**“, sowie bei den Versicherungen „**ds:Basisrente**“ nach dem „**Tarif 2008**“, soweit es sich um Versicherungen einer Grundversorgung oder einer Berufsunfähigkeitsversorgung als Zusatzversicherung nach § 1 Abs. 1 Buchst. a) und b) AVB handelt,

- a) die im Dezember 2011 beitragsfrei waren (ohne die laufenden Renten), werden mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die versicherten Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,25 % bzw. im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ um 1,75 % erhöht; für im Januar 2011 in der Berufsunfähigkeitsversorgung beitragspflichtige Versicherungen erhöhen sich diese Renten zusätzlich um einen weiteren Betrag, der sich nach den Grundsätzen der tariflichen Geschäftsunterlagen aus einer Gutschrift von 25 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags zur Berufsunfähigkeitsversorgung ergibt,

b) die im Dezember 2011 beitragspflichtig waren,
 wird in der Grundversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 1,75 % im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2011 vorgenommen,
 wird in der Berufsunfähigkeitsversorgung eine Gutschrift in Höhe von 1,25 % im „**Tarif 2005**“ bzw. 1,75 % im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ des zugehörigen Deckungskapitals zum 31. Dezember 2011 zuzüglich 25 % des für das Jahr 2011 gezahlten Beitrags vorgenommen.
 Die gesamte Gutschrift wird gemäß § 8 Abs. 6 AVB zu einer Erhöhung der versicherten Rente mit Wirkung zum 1. Januar 2012 verwendet.

c) die im Dezember 2011 im Rentenbezug waren (einschließlich der Versicherungen mit sofortigem Beginn der Altersrente),
 werden mit Wirkung zum 1. Januar 2012 die laufenden Renten im „**Tarif 2005**“ um 1,50 % bzw. im „**Tarif 2007**“ und im „**Tarif 2008**“ um 2,00 % erhöht.

Zusätzlich erhalten die Versicherungen nach den Buchstaben a und b bei Eintritt eines Leistungsfalles im Jahr 2013 (wie im Jahr 2012) eine Schlussüberschussbeteiligung gemäß § 8 Abs. 7 AVB, indem der für die Leistungsart erreichte Anspruch aus der laufenden Überschussbeteiligung um 20 % erhöht wird.

6. Bei Versicherungen der **eigenständigen Berufsunfähigkeitsversorgung** nach „**Tarif 2000**“, „**Tarif 2000 plus**“ oder „**Tarif 04 plus**“ – jeweils gemäß § 1 Abs. 1 Buchst. c) AVB – sowie bei den Versicherungen „**ds:BU**“

werden im Jahr 2013 (wie im Jahr 2012) für beitragspflichtige Versicherungen Überschussanteile in Höhe von 20 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

7. Bei Versicherungen nach „**Tarif RiBUZ**“ oder „**Tarif 04 RiBUZ**“ sowie bei den Versicherungen „**ds:RiBU**“

werden im Jahr 2013 (wie im Jahr 2012) für beitragspflichtige Risikoversicherungen und die zugehörigen Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen jeweils Überschussanteile in Höhe von 30 % der tariflichen Bruttobeiträge mit den zu zahlenden Bruttobeiträgen verrechnet.

8. Bei Versicherungen nach den **unter Nummer 1 bis 5 genannten Tarifen**, aus denen im Jahr 2012 Kapitalabfindungen, Altersrenten, Hinterbliebenenleistungen, Rückvergütungen oder Übertragungswerte gezahlt werden,

wird eine Zuteilung zur Beteiligung an den Bewertungsreserven der Kapitalanlagen vorgenommen, indem im Jahr 2012 zusätzlich zu den Versicherungsleistungen ein Bewertungsüberschussanteil von 0,80 % der Versicherungsleistung des Jahres 2012 gezahlt wird.
 Für die Berechnung des Bewertungsüberschussanteils wird die vorgenannte Versicherungsleistung ohne einen etwaigen Schlussüberschussanteil nach Nummer 1 Buchstabe a oder Nummer 2 bestimmt.

6 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Steuerberater-Versicherung Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Pensionskasse.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, 15. Mai 2012

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Volkmer
Wirtschaftsprüfer

gez. Meier
Wirtschaftsprüfer

7 BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Gemäß § 10 Abs. 5 Satz 3 der Satzung hat der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Ergebnisverwendung des Jahresüberschusses zu prüfen. Dieser Aufgabe ist der Aufsichtsrat nachgekommen.

Der Aufsichtsrat hat auch im Jahr 2011 seine gesetzlichen und satzungsgemäßen Aufgaben, nämlich die Überwachung der Geschäftsführung des Vorstandes und die Mitwirkung bei zustimmungspflichtigen Entscheidungen umfassend wahrgenommen.

Hierzu haben 5 Sitzungen stattgefunden, in denen der Vorstand nach schriftlicher Vorbereitung eingehend berichtet hat.

Die Berichte betrafen insbesondere:

- Bestandsentwicklungen und Risikoverlauf
- Kapitalanlagen
- Risikomanagement
- Werbung
- Beirat
- Gesetzliche Krankenversicherung

Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand Berichte und Statistiken vorgelegt und darüber hinaus hat sich der Aufsichtsratsvorsitzende regelmäßig über die Geschäftslage berichten lassen.

Die Schwerpunkte der Beratungen und Entscheidungen des Aufsichtsrates lagen in folgenden Bereichen:

■ Kapitalanlagen

Der Aufsichtsrat hat sich laufend davon überzeugt, dass die von ihm aufgestellten Grundsätze der Vermögensanlage beachtet worden sind. Die Protokolle der Anlageausschusssitzungen des Spezialfonds wurden von dem Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wurden mit dem Vorstand die Perspektiven der Kapitalanlagen erörtert. Bei allen Entscheidungen zur Vermögensanlage lassen sich Aufsichtsrat und Vorstand von dem Grundsatz leiten, dass im Zweifel die Sicherheit einer Anlage stets Vorrang vor Renditeüberlegungen hat.

Es wurden Anpassungen der Kapitalanlage-Richtlinie bei den Streuungs- und Mischungsquoten im Hinblick auf das Marktumfeld und weitere Begrenzungen der einzugehenden Risiken vorgenommen. Zusätzlich wurden Händler- und Kontrahenten-Limits sowie spezielle Vorgaben für die Auswahl neuer Kontrahenten festgelegt. Die im Jahre 2010 begonnenen Überlegungen zur Weiterentwicklung der vorhandenen Immobilien wurden im Jahr 2011 fortgesetzt bzw. teilweise bereits umgesetzt.

Über die Entwicklungen der Staatsanleihen wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig in den Monatsberichten und darüber hinaus im Rahmen der Aufsichtsratssitzungen informiert.

Bei allen down-grades in den Non-Investment-Grade-Bereich stimmte der Aufsichtsrat den Vorschlägen des Vorstandes zu, die Wertpapiere zu halten und zu überwachen.

■ Risikomanagement

Im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat sich der Vorstand auch im Jahr 2011 eingehend mit der Risikosteuerung befasst und die Risikostrategie umgesetzt. Das interne Steuerungs- und Kontrollsystem wurde hinsichtlich der MaRisk VA weiter ausgebaut. Das im Vorjahr erstellte Organisationshandbuch wurde aktualisiert und in einzelnen Bereichen weiter ausgebaut.

Im Rahmen des Risikomanagement sind regelmäßige ALM-Studien durchzuführen. Der Vorstand hatte eine entsprechende Studie für 2011 in Auftrag gegeben. Zweck dieser Studie war die Analyse der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens durch Modellrechnungen gemäß aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Dabei erfolgten eine Analyse der Liquiditäts- und Ertragssicherheit und der Vergleich unterschiedlicher Anlagestrategien. Darüber hinaus wurde das Ergebnis mit dem Ergebnis der im Jahr 2009 durchgeführten Studie verglichen. Es wurde festgestellt, dass die Liquiditätssicherheit der Deutschen Steuerberater-Versicherung nach wie vor langfristig gegeben ist und die aktuelle Anlagestrategie gut zu den modellierten Verpflichtungen passt.

Der Aufsichtsrat hat sich intensiv mit den Berichten des Vorstandes zu den Risiken und zum Risikomanagement befasst, die Risikolage mit dem Vorstand erörtert und die Ergebnisse der ALM Studie bei der Aufstellung der neuen internen Kapitalanlage-Richtlinie berücksichtigt.

■ Werbung

Das von der Vertreterversammlung im Jahre 2009 gebilligte neue Werbekonzept wurde auch im Jahre 2011 weiter umgesetzt. Aufgrund der im Vorjahr gemachten Erfahrungen wurde das Werbekonzept in verschiedenen Bereichen angepasst und ausgebaut.

■ Beirat

Im Geschäftsjahr fanden zwei Beiratssitzungen statt, an denen auch Mitglieder des Aufsichtsrates teilnahmen. Schwerpunkte der Sitzungen waren Beratungen über die Werbung, neue Produkte sowie die Unterstützung durch die Beiratsmitglieder.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurde von BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft. Aufsichtsrat und Vorstand wurden umfassend über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet. Den schriftlichen Bericht hat der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen. Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen ergeben. Es wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrates über die Prüfung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichtes zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Verantwortlichen Aktuars zur Kenntnis genommen und erhebt gegen den Erläuterungsbericht keine Einwendungen. Der Verantwortliche Aktuar hat die versicherungsmathematische Bestätigung im Sinne von § 2 der Aktuarverordnung abgegeben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht eingehend geprüft und empfiehlt der Vertreterversammlung, den für das Geschäftsjahr 2011 aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht festzustellen und zu genehmigen.

Dem Vorschlag des Vorstandes zur Überschussverwendung aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung stimmt der Aufsichtsrat zu und empfiehlt der Vertreterversammlung, die Überschussverwendung entsprechend dem Vorschlag zu beschließen.

Bonn, den 15. Mai 2012

Für den Aufsichtsrat



Hans-Adolf Neu
Vorsitzender

8 ORGANE, TREUHÄNDER UND VERANTWORTLICHER AKTUAR

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Mitgliedervertreter:

Klaus Axmann, StB
 Jutta Barth, StB/vBP
 Werner Billgow, StB/WP
 Dr. Joachim Dalmer, StB
 Klaus Decker, StB
 Wolfgang Dieterle, StB/vBP
 Hans Fellhauer, StB
 Ernst-Dieter Grafe, StB/vBP
 Michaela Hagen, StB
 Jürgen Knatz, StB/WP/RB
 Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB
 Rainer Martens, StB
 Renate Nopitsch, StB/RB

 Edwin Frh. von Podewils, StB/WP/RB
 Dieter Prinz, StB/WP
 Ute Sahn, StB
 Matthias Sand, StB
 Dr. Hartmut L. Schwab, StB
 Ulrich Thiemann, StB
 Jakob Trimborn, StB
 Werner Welsch, StB/WP

Wahlkreis:

Thüringen
 Niedersachsen
 Hamburg
 Mecklenburg-Vorpommern
 Bremen
 Stuttgart
 Nordbaden
 Köln ab 01.11.2011
 Sachsen-Anhalt
 Westfalen-Lippe
 Hessen
 Schleswig-Holstein
 Nürnberg
 Sachsen
 Südbaden
 Köln bis 31.10.2011
 Berlin
 Brandenburg
 München
 Rheinland-Pfalz
 Düsseldorf
 Saarland

Aufsichtsrat:

Hans-Adolf Neu, StB/vBP, Reutlingen (Vors.)
 Franz Bausch, StB/vBP, Freiburg (stv. Vors.)
 Ute Mascher, StB/vBP, Hamburg

Vorstand:

Petra Albrecht, Bonn
 Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Verantwortlicher Aktuar:

Martin Bollmann, Dipl.-Math., Bonn

Treuhänder:

Hans Theo Laufenberg, Dipl.-Bw., StB, Bornheim
 Stephanie Goßen, StB, Meckenheim (stv.)

9 BEIRAT

Diese Angaben sind nicht Bestandteil des Jahresberichts.

Beiratsmitglieder:

Edgar Wilk, StB/vBP (Vors.)
Dr. Harald Grümann, StB/vBP (stv. Vors.)
Bernd Janssen, StB
Jürgen Knatz, StB/WP/RB
Rolf Kugelstadt, StB/WP/RB
Reinhard Meier, StB/RA
Hans-Joachim Oettinger, StB/WP
Bodo Schenk, StB
Dr. Hartmut L. Schwab, StB

Entsendung durch:

Bundessteuerberaterkammer
Bundessteuerberaterkammer
Bundessteuerberaterkammer
Mitgliedervertretung
Mitgliedervertretung
Bundessteuerberaterkammer
Deutscher Steuerberaterverband
Bundessteuerberaterkammer
Mitgliedervertretung

Deutsche Steuerberater-Versicherung
Pensionskasse des steuerberatenden Berufs VVaG
Postfach 24 69, 53014 Bonn



Deutsche
Steuerberater
Versicherung

TELEFONISCHE AUSKÜNFTE:

0228/98 21 3-0

Mo-Do: 8-17 Uhr und Fr: 8-13 Uhr

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN:

Fax 0228/98 21 3-11

info@ds-versicherung.de

SERVICES & INFORMATIONEN:

www.ds-versicherung.de